



Neuss, 6. Dezember 2012

Resolution der Mitgliederversammlung der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen für eine nachhaltige Krankenhausfinanzierung

Die 401 Kliniken in Nordrhein-Westfalen mit rund 250.000 Beschäftigten versorgen mit hoher Qualität rund um die Uhr jährlich rund 4,3 Millionen Patientinnen und Patienten von Steinfurt bis Euskirchen und von Aachen bis Höxter. Die Krankenhäuser sind die tragende Säule der medizinischen Versorgung und einer der bedeutendsten Arbeitgeber in NRW. Mit rund 24.000 Auszubildenden und Schülern übernehmen die Krankenhäuser ihre gesellschaftliche Verantwortung für die Jugend. Wann immer das Leben uns braucht, sind wir für die Menschen da.

Weitere Arbeitsverdichtung ist Patienten und Mitarbeitern nicht zumutbar!

Die Krankenhäuser haben Abläufe optimiert und Prozesse gestrafft. Die medizinische Versorgung hat immense Fortschritte gemacht und beispielsweise schonendere Operationsmethoden etabliert. Als Folge der Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer der Patientinnen und Patienten in den nordrhein-westfälischen Kliniken auf nun 8 Tage und die Verringerung der Zahl der Krankenhausbetten und Krankenhäuser in den vergangenen Jahren werden in immer weniger Kliniken in immer kürzerer Zeit immer mehr Patienten von den Ärzten und Pflegenden behandelt.

Durch die Tarifabschlüsse partizipieren die Beschäftigten der Krankenhäuser an der wirtschaftlichen Entwicklung und am Aufschwung. Das ist gut, richtig und notwendig. Aber da rund 60 Prozent der Kosten in den Krankenhäusern Personalkosten sind, stellen die tarifbedingten Steigerungen eine enorme finanzielle Belastung der Krankenhäuser dar. Die mangelhafte Refinanzierung führt zu Einstellungsstopps, Entlassungen, weiterer Arbeitsverdichtung und im Ergebnis zu weniger Zeit für die Patienten. Die qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung ist in Gefahr!

Die Kosten-Erlös-Schere klafft immer weiter auseinander!

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen hat im Frühjahr 2012 mit der Informationskampagne „Jobkiller Gesundheitspolitik“ auf diese dramatischen Folgen der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser hingewiesen. Allein im Personalkostenbereich beträgt die Finanzierungslücke im Jahr 2012 für die NRW-Krankenhäuser trotz der rund 70 Millionen Euro über die Tarifausgleichsrate noch 225 Millionen Euro. Dabei sind die erheblichen Energie- und Sachkostensteigerungen noch nicht mal berücksichtigt.

Der vom Statistischen Bundesamt erstmals ermittelte Orientierungswert für die Kosten der Krankenhäuser ist mit 2,0 Prozent weit weg von der tatsächlichen Kostenbelastung, die die Krankenhäuser aktuell und im nächsten Jahr zu bewältigen haben. Die Krankenhäuser brauchen Preiserhöhungsspielräume, die die Kostenbelastung in 2012/2013 realistisch widerspiegeln.

Der Fehler im System – kranke Kliniken sanieren gesunde Kassen!

Von dem extrem niedrigen Kostenorientierungswert dürfen nicht auch noch auf der Landesebene Abzüge für Leistungsentwicklungen vorgenommen werden. Die 2010 zur Sanierung der Gesetzlichen Krankenversicherung installierten Kürzungen in Form von 25-prozentigen Mehrleistungsabschlägen müssen beendet werden. Im Hinblick auf Milliarden Euro Überschüsse im GKV-System werden die Krankenhäuser ohne Not belastet. Im höchsten Maße enttäuschend ist das Festhalten an der sogenannten doppelten Degression, die zu Vergütungskürzungen bei allen Krankenhäusern eines Bundeslandes führt, wenn Kliniken mehr Leistungen für die Versorgung der Patienten zu erbringen haben.

Die Krankenhäuser müssen von der Politik in die Lage versetzt werden, ohne die Erbringung von Mehrleistungen tariflich gebundene Gehälter an ihre Beschäftigten zahlen zu können ohne negative Jahresabschlüsse hinnehmen zu müssen.

2013 droht den Krankenhäusern eine Finanzierungskatastrophe!

Rund die Hälfte der Krankenhäuser rechnet laut mehrerer Umfragen für das Jahr 2012 mit einem defizitären Ergebnis. Die Krankenhäuser gehen in 2013 mit einem Preiszuwachsdeckel von unter 2 Prozent. Das ist weniger als die Inflationsrate. Erneut kommen Gesamtkostensteigerungen von rund 3,5 bis 4 Prozent auf die Häuser zu. Ohne Hilfe des Gesetzgebers droht den Krankenhäusern in 2013 eine Finanzierungskatastrophe. Durch die Gesetzgebung der aktuellen Bundesregierung stehen den deutschen Krankenhäusern insgesamt ca. 2 Milliarden Euro weniger für die Patientenversorgung zur Verfügung. Es ist notwendig, dass eine voll erbrachte Leistung für die Patientinnen und Patienten, die 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr erbracht wird, auch mit einer abschlagsfreien Bezahlung vergütet werden muss.

Dass der Handlungsdruck ausgesprochen hoch ist, zeigt die parteiübergreifend verabschiedete „Entschließung des Bundesrates zur Weiterentwicklung des Vergütungsrechts der Krankenhäuser“ vom 12.10.2012. Die Forderung der Länder zur Vorlage eines Gesetzentwurfes, der die tatsächlichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser ausgleicht, können die NRW-Kliniken nur ausdrücklich unterstreichen.

Unzureichende Investitionsfinanzierung durch das Land

Diesem Schulterschluss bei den Betriebskosten steht die weiterhin unzureichende Investitionsfinanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen entgegen. Im entsprechenden Gesetz steht eine Anpassung an die Kostenentwicklung. Die Landesregierungen sind diesen gesetzlichen Vorgaben bisher leider nie gefolgt – selbst in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen (z. B. 2010 und 2011 jeweils über 8 Prozent).

NRW liegt bei der Krankenhausförderung seit der Neuregelung der Krankenhausfinanzierung 1972 bundesweit in Bezug zur Bevölkerungszahl NRW auf einem enttäuschenden 14. Platz und mit 92.647 Euro pro Planbett im Zeitraum von 1991 bis 2010 liegen die NRW-Kliniken sogar auf dem letzten Platz. Auch mit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung in NRW mit der Einführung der Baupauschale, die von der KGNW von Beginn als zukunftsweisendes Verteilungsmodell mitgetragen und ausdrücklich begrüßt wurde, wird die gravierende Unterfinanzierung im Bereich der Krankenhausförderung durch das Land nicht beendet. Durch die Baupauschale werden die vom Land zur Verfügung gestellten Investitionsmittel nicht erhöht. Aufgrund der gravierenden Unterfinanzierung

der nordrhein-westfälischen Kliniken bei der Krankenhausförderung durch das Land ist eine Erhöhung der Krankenhausinvestitionen durch das Land dringend erforderlich.

Krankenhäuser sind in der Zange von Bund-Länder-Streitigkeiten!

Der Bundesgesundheitsminister fordert beim Deutschen Krankenhaustag am 14.11.2012 die Bundesländer auf, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern mehr als zuletzt nachzukommen. Die Länder starten ihrerseits Bundesratsinitiativen und fordern die Bundesregierung zu einer besseren finanziellen Ausstattung der Kliniken auf. Für die Krankenhäuser stellt sich die Lage als zunehmend katastrophales Dilemma dar. Sie befinden sich im Zangengriff von Kürzungen bei den Vergütungen durch den Bundesgesetzgeber und den Kürzungen der Investitionsmittel durch die Länder. Die Krankenhäuser und ihre Mitarbeiter haben im Namen der zu versorgenden Patienten kein Verständnis mehr für dieses Schwarze-Peter-Spiel.

Die qualitativ hochwertige und wohnortnahe Krankenhausversorgung ist massiv bedroht. Die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser und deren rund 250.000 Mitarbeiter fordern von den Politikern in Bund und Land dringend eine nachhaltige und verlässliche Krankenhausfinanzierung.